

Dieter Hermann & Egon Wachter

Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten

Insbesondere in der Kommunalen Kriminalprävention hat der Abbau unbegründeter Kriminalitätsfurcht an Bedeutung gewonnen, denn eine hohe Kriminalitätsfurcht korrespondiert mit zahlreichen negativ konnotierten Phänomenen. Hier wird untersucht, ob die Kriminalitätsfurcht das Wahlverhalten beeinflusst und zu einer Stärkung autoritaristisch-konservativer Parteien und zur Schwächung innovativ orientierter Parteien führt. Dazu wird mittels einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in Stuttgart geprüft, ob eine Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten besteht und ob diese durch Drittvariablen erklärt werden kann. Die Ergebnisse der Analysen weisen darauf hin, dass eine Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten bezüglich AfD und Bündnis 90/Die Grünen besteht, die nicht durch Ursachen der Kriminalitätsfurcht und durch Angst erklärt werden kann. Für die anderen Parteien ist kein Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten erkennbar. Eine hohe Kriminalitätsfurcht korrespondiert mit der Präferenz für autoritaristisch-konservative und der Ablehnung progressiver Parteien.

Schlagwörter: AfD, Bündnis 90/Die Grünen, Demokratie, Kriminalitätsfurcht, Kriminalprävention, politische Parteien, Wahlverhalten

Fear of Crime and Voting Behavior

In the context of municipal crime prevention, the reduction of unfounded fear of crime has become more important, as this fear corresponds to numerous negative phenomena. This study examines whether the fear of crime has an impact on voting behavior and leads to a strengthening of authoritarian-conservative parties and a weakening of innovation-oriented parties. To this end, a population survey in Stuttgart was used to examine the relationship between fear of crime and voting behavior, and whether this relationship could be explained by control variables. The results indicate a relationship between fear of crime and voting behavior with regard to the AfD and Bündnis 90/Die Grünen. This association cannot be explained by causes of fear of crime and anxiety. For the other parties, no significant connection was found between fear of crime and voting behavior. The findings suggest that individuals with a strongly fear of crime prefer authoritarian-conservative parties and reject progressive ones.

Keywords: AfD, Bündnis 90/Die Grünen, Crime Prevention, Democracy, Fear of Crime, Political Parties, Voting Behavior

1. Einleitung

1.1 Relevanz

Nach heutigem Verständnis umfasst Kriminalprävention die Gesamtheit aller staatlichen und nichtstaatlichen Programme und Maßnahmen, die vorrangig darauf gerichtet sind, Kriminalität zu verhindern, zu mindern oder in ihren Folgen gering zu halten. Dies bedeutet, dass Kriminalprävention nicht nur die Verhinderung von Kriminalität zum Ziel hat, sondern zudem den Abbau unbegründeter Kriminalitätsfurcht. Dieses Verständnis von Kriminalprävention ist relativ jung. Erst seit den 1970er Jahren gibt es dazu eine nennenswerte Anzahl einschlägiger Publikationen (O'Malley & Hutchinson, 2007; Kerner, 2018). Eine Erklärung für die Berücksichtigung der Kriminalitätsfurcht in der Kriminalprävention ist, dass die Gesellschaft zunehmend als „Risikogesellschaft“ wahrgenommen wird (Beck, 1986; Hughes, 1998; O'Malley & Hutchinson, 2007). Demnach produziere der Fortschritt moderner Industriegesellschaften neue und globale Risiken, denen sich keiner entziehen kann, angefangen von der Umweltverschmutzung bis zu atomarer Bedrohung und Ressourcenknappheit. Dabei sind die Ursachen oft komplex und nicht eindeutig zuordenbar. Diese negative Seite des Wachstums wird als kaum zu kontrollierendes Phänomen für die westliche Gesellschaft wahrgenommen. Kriminalprävention war und ist somit Ausdruck des gesellschaftlichen Versuchs der Risikominimierung, die durch den Wandel von der Moderne zur Postmoderne an Relevanz gewonnen hat (Hermann, 2013).

Neben dem gesellschaftlichen Wandel haben auch Untersuchungen zu Wirkungen der Kriminalitätsfurcht dazu beigetragen, diese verstärkt ins Zentrum kriminalpräventiver Maßnahmen zu nehmen. So führt eine hohe Kriminalitätsfurcht auf der Mikroebene sowohl zu einem Rückzug von Bürger:innen aus dem öffentlichen Raum als auch zu einem Abbau der Lebensqualität, zu einer Überschätzung der Kriminalitätslage sowie zu einer Änderung von kriminalpolitischen, insbesondere punitiven Einstellungen. Auf der Makroebene bedingt ein hohes Niveau der Kriminalitätsfurcht einen Abbau informeller Sozialkontrolle und somit einen Anstieg der Kriminalität. Zudem kann die Kriminalitätsfurcht unternehmerische Entscheidungen über die Standortwahl und über wirtschaftliche Innovationen beeinflussen sowie die wirtschaftliche Situation des Einzelhandels beeinträchtigen (Armborst, 2014; Bolesta et al., 2023; Busmann & Werle, 2004). Handlungsrelevant ist weniger die tatsächliche, sondern insbesondere die perzipierte Kriminalität, wobei die mediale Darstellung von Bedeutung ist (Manning et al. 2022).

Das Wahlverhalten ist kein zentrales kriminologisches Thema. Folglich ist es nicht erstaunlich, dass, soweit ersichtlich, nur wenige kriminologische Untersuchungen zum Einfluss der Kriminalitätsfurcht auf das Wahlverhalten vorliegen, obwohl das Thema insbesondere dann kriminologisch relevant wird, wenn eine hohe Furcht zu einer Präferenz für autoritaristische Parteien führen würde, die demokratische Prinzipien in Frage stellen.

Auch in wahlsoziologischen Studien findet man keine direkte Berücksichtigung der Kriminalitätsfurcht, allerdings gibt es Untersuchungen zum Wahlverhalten, die Einstellungen berücksichtigen, die mit Kriminalitätsfurcht assoziiert sein könnten. Diese Studien sind insbesondere auf die Alternative für Deutschland (AfD) konzentriert. Hilmer et al. (2017) zeigen, dass beispielsweise AfD-Wähler im Vergleich zu Nicht-AfD-Wählern häufiger autoritaristische, fremdenfeindliche und europaskeptische Einstellungen aufweisen und den staatlichen Institutionen in geringerem Ausmaß vertrauen. Lengfeld und Dilga (2018) sowie Rippl und Seipel (2018) listen in ihrem Beitrag zahlreiche Faktoren für die Identifikation mit der AfD auf: Die

Einstellung zu Europa, die Sorgen vor Zuwanderung, Asyl und ökonomischer Benachteiligung, die Wahrnehmung von Statusverlusten und Benachteiligungen im Modernisierungsprozess. Die Kriminalitätsfurcht wird jedoch nicht als Ursache für das Wahlverhalten genannt.

Die AfD wurde vom Verfassungsschutz als erwiesene rechtsextremistische Bestrebung bewertet, als Partei, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet ist; ein Gerichtsurteil dazu steht noch aus. Die AfD nutzt häufig das Narrativ, dass Kriminalität das Resultat des unkontrollierten Zustroms von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten sei. Deutlich wird dies beispielsweise durch eine Textanalyse von 242 Pressemitteilungen der AfD über die Kriminalität in Deutschland. Dabei zeigte sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem medial vermittelten Bild und den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik. Beispielsweise gehen „mutmaßliche Straftäter aus Syrien, Afghanistan und Irak mit insgesamt 5,2 % in die Kriminalstatistik ein, während sie bei der AfD 47 % der Nennungen ausmachen“ (Hestermann & Hoven, 2019, S. 134). Die Partei suggeriert, dass sie in der Lage sei, regulativ einzugreifen und dadurch für Sicherheit zu sorgen. Daraus könnte abgeleitet werden, dass Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht dazu neigen, diese Partei zu wählen, weil sie verspricht, etwas gegen die vermeintlichen Ursachen der Kriminalität zu unternehmen. Zudem könnte man postulieren, dass die Parteistrategie, die Kriminalitätslage möglichst dramatisch darzustellen und Migrantinnen, Migranten und Geflüchtete als zentrale Ursache von Kriminalität zu benennen, zu einem Anstieg der Kriminalitätsfurcht führt. Demnach wäre eine Wechselwirkung zwischen der Präferenz für die AfD bei politischen Wahlen und Kriminalitätsfurcht plausibel (Andersen & Mayerl, 2024, S. 44). Einen Hinweis darauf liefert die Studie von Schuermans und Maeschalck (2010) in Flandern. Sie zeigten, dass die Furcht vor Kriminalität anfällig für rechtspopulistische Politikangebote macht. Andersen und Mayerl (2024) haben die Fragestellung umfassend untersucht. Die Daten stammen aus der Studie „Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen“ (PaWaKS) (Wagner et al., 2024a). Es handelt sich um eine repräsentative Zufallsstichprobe der erwachsenen deutschen Bevölkerung mit fünf Erhebungswellen zwischen 2022 und 2023. Die erste Welle der Panelerhebung umfasste über 5 000 und die fünfte Welle immerhin noch mehr als 500 Personen (Wagner et al., 2024b). Andersen und Mayerl (2024) nutzen die Daten der ersten vier Wellen. Dadurch erhöht sich die Fallzahl, denn die Welle vier umfasst noch mehr als 1 100 Befragte.

In dem Beitrag werden drei Hypothesen geprüft (Andersen & Mayerl, 2024, S. 50):

- Kriminalitätsfurcht führt zur Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien.
- Die Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien schürt Kriminalitätsfurcht.
- Der Zusammenhang zwischen der Unterstützung von rechtspopulistischen Parteien und Kriminalitätsfurcht ist nicht kausal und wird durch gemeinsame Drittvariablen bestimmt. Dies können Persönlichkeitsmerkmale sein, aber auch geringes Vertrauen in Institutionen.

Die empirischen Ergebnisse der Studie zeigen, dass ein Anstieg der Kriminalitätsfurcht einer Person zu keinem Anstieg seiner Neigung zur rechtspopulistischen AfD führt und dass ein individueller Wechsel von einer anderen etablierten Partei hin zur AfD keine Zunahme der Kriminalitätsfurcht im Vergleich zum durchschnittlichen Niveau dieser Person bedingt. Zwischen der *Veränderung der Kriminalitätsfurcht* und der *Änderung des Wahlverhaltens* gibt es demnach keinen Zusammenhang. Die Autoren gehen davon aus, dass die beobachtete Korrelation zwischen Kriminalitätsfurcht und der Präferenz für die AfD auf gemeinsame Hintergrundva-

riablen zurückzuführen sei: Ängstliche Menschen würden sowohl eine höhere Kriminalitätsfurcht besitzen als auch eine höhere Präferenz für rechtspopulistische Parteien haben (Anderson & Mayerl, 2024, S. 43 und 64).

1.2 Fragestellung

Die vorliegende Studie knüpft an die Arbeit von Anderson und Mayerl (2024) an. Anhand einer Bevölkerungsbefragung in Stuttgart soll überprüft werden, ob zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten ein Zusammenhang besteht, ob dieser Zusammenhang eine Scheinkorrelation ist, die durch Bedingungen der Kriminalitätsfurcht oder durch das Angstniveau erklärt werden kann. Dabei soll nicht nur das Wahlverhalten für die AfD, sondern auch für andere politische Parteien untersucht werden, nämlich das Bündnis 90/Die Grünen, die CDU/CSU, SPD, FDP und Die Linke.

Kriminalitätsfurcht ist ein komplexes Konstrukt, das auf der Mikro- und Makroebene verortet werden kann, wobei zwischen einer personalen und einer sozialen Dimension unterschieden werden kann (Starcke, 2019; Häfele, 2013a und 2013b). In dieser Studie liegt, wie in der Arbeit von Anderson und Mayerl (2024), der Schwerpunkt auf der individuellen personalen Kriminalitätsfurcht. Eine Berücksichtigung der anderen Aspekte der Kriminalitätsfurcht müsste in einer weiteren Studie berücksichtigt werden.

Bedingungen der Kriminalitätsfurcht, die auch einen Einfluss auf das Wahlverhalten haben könnten, sind insbesondere *Incivilities* und institutionelles Vertrauen. Der Einfluss von *Incivilities* auf die Kriminalitätsfurcht wurde mehrfach untersucht. In nahezu allen Studien war diese Beziehung signifikant: Je ausgeprägter die von Personen perzipierten Probleme sind, desto größer ist die Kriminalitätsfurcht, so die Ergebnisse von Studien im englischsprachigen Raum (LaGrange et al., 1992; Lewis & Salem, 2017; Robinson et al., 2003; Abdullah et al. 2014). Die Untersuchungen in Deutschland bestätigen weitgehend diesen Befund, so Untersuchungen in Bielefeld (Hohage 2004), Hamburg (Häfele, 2013a und 2013b; Lüdemann, 2006), Mannheim und Karlsruhe (Hermann, 2018, 2019 und 2021), Stuttgart und Wuppertal (Starcke, 2019). Die meisten Studien zu dieser Thematik basieren auf Querschnittsdaten. Damit kann die Frage nach der Kausalrichtung nicht beantwortet werden: Beeinflussen *Incivilities* die Kriminalitätsfurcht oder ist das Auftreten von *Incivilities* von der Kriminalitätsfurcht abhängig? Robinson und andere (2003) haben eine Längsschnittstudie zu dieser Frage durchgeführt. Demnach beeinflusste die perzipierte Wahrnehmung von *Incivilities* die affektive und kognitive Kriminalitätsfurcht zu einem späteren Zeitpunkt. Der Effekt konnte auf der Individualebene belegt werden, jedoch nur bedingt mit aggregierten Daten.

Es ist auch denkbar, dass das *Sozialkapital* sowohl die Kriminalitätsfurcht als auch das Wahlverhalten beeinflussen könnte. In den einschlägigen Studien (Clark et al., 2024; Fiorino et al., 2021; Bevelander & Pendakur, 2007) wird insbesondere auf den Sozialkapitalbegriff von Putnam (2000) zurückgegriffen, wobei empirisch gesehen insbesondere das Vertrauen in Institutionen und Mitmenschen von Bedeutung ist. So konnten Bielejewski, Bender und Asbrock (2022) mit den Daten der PaWaKS-Studie zeigen, dass unter AfD-Wählern das Vertrauen in die Justiz, Polizei und Verwaltung vergleichsweise niedrig ist. Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen diesem Aspekt des Sozialkapitals und Kriminalitätsfurcht liefern die Studien von Mosconi und Padovan (2004), Dölling und Hermann (2006), Oberwittler (2003 und 2004), Lüdemann (2005) sowie Lüdemann und Peter (2007). Alle Untersuchungen fanden

eine Beziehung zwischen dem Grad des Vertrauens und der Kriminalitätsbelastung sowie Kriminalitätsfurcht. Von diesen beiden Vertrauensdimensionen dürfte insbesondere das Vertrauen in Institutionen als Erklärung für das Wahlverhalten relevant sein (Vester & Geilin, 2009).

Um die Fragestellung zu prüfen, werden mittels logistischer Regressionen fünf Modelle verwendet, die sich in den unabhängigen Variablen unterscheiden. Die abhängigen Variablen beziehen sich auf das Wahlverhalten, wobei jede Partei durch eine Dummy-Variable repräsentiert wird. Die Liste der unabhängigen Variablen variiert:

- Modell 1: Kriminalitätsfurcht.
- Modell 2: Kriminalitätsfurcht und demographische Merkmale.
- Modell 3: Kriminalitätsfurcht, demographische Merkmale und institutionelles Vertrauen.
- Modell 4: Kriminalitätsfurcht, demographische Merkmale, institutionelles Vertrauen und Incivilities.
- Modell 5: Kriminalitätsfurcht, demographische Merkmale, institutionelles Vertrauen, Incivilities und Angstniveau.

2. Untersuchungsdesign, Repräsentativität und Beschreibung der Stichprobe

Die Daten stammen aus einer Bevölkerungsbefragung in Stuttgart, die Informationen zur subjektiven und objektiven Sicherheitslage sowie zu Bedingungen der Kriminalitätsfurcht liefern sollte, um die Effizienz und Effektivität der Kriminalprävention der Stadt zu optimieren (Hermann & Wachter, 2024). Die Befragung wurde im November und Dezember 2023 durchgeführt. Dazu wurden 50 000 zufällig ausgewählte jugendliche, heranwachsende und erwachsene Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Stuttgart gebeten, an einer Onlinebefragung teilzunehmen. Bei Bedarf konnte auch ein Papierfragebogen angefordert und kostenfrei an die Stadt Stuttgart zurückgesandt werden. Die Feldphase begann am 15.11.2023 mit dem Versand des Anschreibens der Stadtverwaltung Stuttgart, 1 477 Briefe konnten nicht zugestellt werden. Die Befragung ging bis zum 31.12.2023. Insgesamt haben 9 973 Personen an der Befragung teilgenommen, davon 9 771 online (98 %) und 202 (2 %) schriftlich. Obwohl kein Erinnerungsschreiben verschickt wurde, liegt der Rücklauf bei zustellbaren Anschreiben mit 21 Prozent über dem Durchschnitt von sozialwissenschaftlichen Online-Bevölkerungsbefragungen.

Insgesamt gesehen weicht die realisierte Stichprobe hinsichtlich Alter und Aufteilung auf die Stadtbezirke geringfügig von der Repräsentativität ab. Befragte zwischen 14 und 30 Jahren sowie Befragte über 80 Jahren sind in der Stichprobe etwas unter- und Befragte zwischen 41 und 70 Jahren sind geringfügig überrepräsentiert. Stuttgart hat 23 Stadtbezirke. Zwei davon sind unter- und zwei sind überrepräsentiert. Hinsichtlich der Zuordnung zu binären Geschlechtergruppen sind die Daten repräsentativ.

Frauen und Männer sind in der Stichprobe mit nahezu gleichem Anteil vertreten. Ein kleiner Anteil, nämlich 0,3 Prozent bezeichnet sich als divers oder nichtbinär. Das Bildungsniveau der Befragten ist hoch: 71 Prozent haben die Fachhochschulreife oder einen höheren Schulabschluss. Das Alter der Befragten variiert zwischen 14 und 101 Jahren; der Durchschnittswert ist 47 Jahre. Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurden. In der Stichprobe trifft dies auf 33 Prozent

der Befragten zu. Etwa jeder Zweite, nämlich 52 Prozent, ist vollzeit-erwerbstätig mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr, 12 Prozent sind teilzeit-erwerbstätig mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 34 Stunden, 20 Prozent sind im Vorruhestand, Rentnerinnen oder Rentner. Elf Prozent sind Schülerinnen, Schüler, Studierende oder Auszubildende. Lediglich zwei Prozent sind arbeitslos. Mehr als die Hälfte der Befragten (54 %) sind verheiratet, 36 Prozent sind ledig und die anderen sind geschieden oder verwitwet. Einer christlichen Kirche gehören 53 Prozent der Befragten an: 28 Prozent sind evangelisch, 19 Prozent römisch-katholisch, 6 Prozent sind Mitglied einer evangelischen Freikirche oder einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft. Einer nicht-christlichen Religion gehören 5 Prozent der Befragten an.

3. Operationalisierung

Alle nachfolgenden Analysen beziehen sich auf die Personen, welche die „Sonntagsfrage“ beantwortet haben und eine Partei genannt haben, die sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären – das sind 5 671 Fälle. Personen, die nicht zur Wahl gehen würden oder nicht wissen, welche Partei sie wählen würden, sind in der Analyse nicht berücksichtigt.

3.1 Wahlverhalten

Die Projektion des Wahlverhaltens wurde durch die „Sonntagsfrage“ erfasst: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, würden Sie wählen gehen und wenn ja, welche Parteien bekämen Ihre Stimme?“ 4 Prozent der Befragten würden nicht zur Wahl gehen, und 28 Prozent wissen nicht, welche Partei sie wählen würden. Von den verbleibenden Personen verteilt sich die Wahlabsicht auf folgende Parteien:

- Bündnis 90/Die Grünen: 34 Prozent,
- CDU/CSU: 30 Prozent,
- SPD: 11 Prozent,
- FDP: 8 Prozent,
- AfD: 10 Prozent,
- Linke: 3 Prozent,
- Sonstige Parteien: 5 Prozent.

3.2 Kriminalitätsfurcht

Hirtenlehner (2006) unterscheidet zwischen universeller Angst und spezifischer Furcht. Zu dem letztgenannten Punkt gehört die Kriminalitätsfurcht. Die *universelle Angst* wurde durch den „Standardindikator“ erfasst: „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrem Stadtteil?“ Die Antwortvorgaben waren „sehr sicher“, „ziemlich sicher“, „ziemlich unsicher“ und „sehr unsicher“ (Reuband, 2000).

Die *affektive Kriminalitätsfurcht* wurde durch die Fragen gemessen: „Wie oft denken Sie daran, selbst Opfer einer Straftat zu werden?“, „Wie oft haben Sie nachts draußen alleine in Ihrem Stadtteil Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“ und „Wie oft haben Sie tagsüber draußen alleine in Ihrem Stadtteil Angst, Opfer einer Straftat zu werden?“ Die Skalenwerte reichen von 1 – „Fast jeden Tag“ bis 4 – „Nie“.

Die Messung der *kognitiven Kriminalitätsfurcht* erfolgt durch Fragen nach der subjektiven Risikoeinschätzung für zukünftige Opferwerdungen: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass Ihnen persönlich folgende Dinge in Ihrem Stadtteil im Laufe der nächsten zwölf Monate tatsächlich passieren werden: Von irgendjemand angepöbelt zu werden, von irgendjemand geschlagen und verletzt zu werden, von einem Einbruch betroffen zu werden, überfallen und beraubt zu werden, bestohlen zu werden, Opfer eines rassistischen Übergriffs zu werden, sexuell belästigt oder sexuell angegriffen zu werden?“. Die Skalenwerte sind 1 – „Gar nicht wahrscheinlich“ bis 4 – „Sehr wahrscheinlich“.

Die *konative Kriminalitätsfurcht* wird durch Fragen nach Abwehr- und Vermeidemaßnahmen, durch die eine Opferwerdung verhindert werden soll, gemessen: „Bitte versuchen Sie sich an das letzte Mal zu erinnern, als Sie nach Einbruch der Dunkelheit in Ihrem Stadtteil unterwegs waren, aus welchen Gründen auch immer. Haben Sie dabei gewisse Straßen oder Örtlichkeiten gemieden, um zu verhindern, dass Ihnen etwas passieren könnte?“ „Haben Sie ganz generell Ihre Freizeitaktivitäten in den letzten 12 Monaten eingeschränkt aus Angst davor, Sie könnten Opfer einer Straftat werden, z. B. indem Sie bestimmte Gegenden nicht mehr aufsuchen oder abends nicht mehr alleine ausgehen?“ (1 – ja, 2 – nein).

Bei allen Fragen gab es die Möglichkeit, diese nicht zu beantworten; auf Antwortvorgaben wie „weiß ich nicht“ oder „keine Angaben“ wurde verzichtet. Der Anteil fehlender Werte liegt zwischen 0,3 Prozent bei der Frage nach dem Sicherheitsgefühl und 3,8 Prozent bei der Frage nach der Risikoeinschätzung für eine Viktimisierung durch einen rassistischen Übergriff.

Eine konfirmatorische Faktorenanalyse mit den Items der Kriminalitätsfurcht bestätigt ein Modell mit fünf latenten Variablen: Universelle Angst, affektive Kriminalitätsfurcht, kognitive Kriminalitätsfurcht, Sexualdelinquenz, kognitive Kriminalitätsfurcht sonstige Delinquenz und konative Kriminalitätsfurcht. Für die Konstruktion der Variable „Kriminalitätsfurcht“ wurden die Items so umkodiert, dass ein hoher Skalenwert für eine hohe Kriminalitätsfurcht steht. Danach wurden die Items zu jeder latenten Variablen standardisiert und gleichgewichtet addiert. Diese fünf Konstrukte wurden wieder standardisiert und gleichgewichtet addiert. Positive Zahlen stehen für eine über- und negative Zahlen für eine unterdurchschnittliche Kriminalitätsfurcht.

Eine Messung der Kriminalitätsfurcht durch ein Modell, das fünf Dimensionen unterscheidet, führt zu einer akzeptablen Anpassung an die Daten. Die fünf Konstrukte laden auf einen einzigen Faktor. Die erklärte Varianz beträgt 67 Prozent, und die Faktorladungen liegen zwischen 0,69 und 0,85; Cronbachs Alpha hat den Wert 0,84.

3.3 Institutionelles Vertrauen

Die entsprechenden Fragen sind aus dem European Social Survey übernommen: „Bitte sagen Sie uns für jede der genannten Institutionen oder Personengruppen, wie sehr Sie jeder einzelnen davon persönlich vertrauen.“ 1– „vertraue überhaupt nicht“, ..., 7– „vertraue voll und ganz“. Von den berücksichtigten Organisationen führen die Fragen zur Polizei in Deutschland

und in Stuttgart, zur Kommunalpolitik in Stuttgart und zur Bundespolitik zu einer faktorenanalytisch akzeptablen und reliablen Lösung. Die Ergebnisse der Analysen sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1: Validität und Reliabilität von institutionellem Vertrauen

Item: Vertrauen in ...	Faktorladungen			Cronbachs Alpha	Bezeichnung
Polizei in Stuttgart	0,97	0,37		0,94	Vertrauen in die Polizei
Polizei in Deutschland	0,97	0,36			
Bundespolitik	0,28	0,93		0,82	Vertrauen in die Politik
Kommunalpolitik in Stuttgart	0,43	0,91			
<i>Erklärte Varianz</i>		89 %			

3.4 Incivilities

Incivilities wurden durch die Frage nach Problembereichen erfasst: „In einem Stadtteil oder einem Wohngebiet können verschiedene Probleme auftauchen. Wie ist das in Ihrem Stadtteil? Kreuzen Sie bitte für jeden der hier aufgeführten Punkte an, inwieweit Sie das in Ihrem Stadtteil heute als Problem ansehen“ (1-kein Problem, ..., 4-großes Problem). Mittels explorativer Faktorenanalysen können drei Dimensionen unterschieden werden. Die Ergebnisse der Analysen sind in Tabelle 2 aufgeführt.

Tabelle 2: Validität und Reliabilität von Incivilities

Item	Faktorladungen			Cronbachs Alpha	Bezeichnung
Spannungen durch den Zuzug von Geflüchteten und Zuwanderern	0,87	0,29	0,35	0,84	Soziale Dissonanz
fehlende Akzeptanz gegenüber deutschen Personen	0,85	0,35	0,38		
Respektlosigkeit männliche Jugendliche in Gruppen	0,81	0,43	0,52		
fehlende Akzeptanz gegenüber Migrantinnen und Migranten	0,31	0,91	0,27	0,77	Xenophobie
Ausländerfeindliche Äußerungen	0,42	0,88	0,32		
besprühte / beschmierte Hauswände und andere Objekte im öffentlichen Raum	0,44	0,16	0,82	0,71	Verwahrlosungen
Schmutz und Müll in den Straßen oder Grünanlagen	0,50	0,24	0,81		
heruntergekommene und leerstehende Gebäude	0,27	0,34	0,75		
<i>Erklärte Varianz</i>		71 %			

3.5 Angst

Zur Erfassung von Angst wurde die Frage gestellt „Es gibt viele Risiken und Gefahren im Leben. Einige davon haben wir zusammengestellt. Uns interessiert nun, inwieweit diese Risiken

mit Angst verbunden sind. Bitte geben Sie uns – rein aus dem Gefühl – eine Bewertung, die aussagt, wie stark ein Risiko für Sie persönlich mit Angst verbunden ist. Eine „1“ drückt aus, dass Sie überhaupt keine Angst davor haben. Mit einer „7“ geben Sie zum Ausdruck, dass Sie sehr große Angst davor haben. Mit den Werten dazwischen können Sie die Schwere der Angst abstufen.“ In Tabelle 3 sind die Analysen zur Messqualität aufgeführt.

Tabelle 3: Validität und Reliabilität von Angst

Item	Faktorladungen		Cronbachs Alpha	Bezeichnung
Angst vor der Überforderung der Politik mit der Bewältigung des Ukraine-Kriegs	0,95	0,19	0,90	Angst vor Krieg
Angst vor der Überforderung der Politik mit der Bewältigung des Nahost-Kriegs	0,95	0,23		
Angst vor Zunahme rechtspopulistischer und -extremistischer Ansichten, Äußerungen und Gewalttaten	0,07	0,86	0,57	Angst vor Extremismus und gesellschaftlicher Spaltung
Angst vor weiterer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland	0,33	0,81		
<i>Erklärte Varianz</i>	<i>81 %</i>			

4. Ergebnisse

Zur Beantwortung der Frage, ob die Kriminalitätsfurcht das Wahlverhalten beeinflusst, wurde, wie bereits erwähnt, der Effekt mittels binärer logistischer Regressionen bestimmt, wobei mögliche Drittvariablen schrittweise berücksichtigt werden. Dies ist ein statistisches Verfahren, mit dem die Beziehung mehrerer unabhängiger und einer binären abhängigen Variablen überprüft werden kann. Die Effektstärke einer unabhängigen Variablen wird als Odd Ratio (OR) angegeben. Diese Statistik gibt die Wahrscheinlichkeit der Veränderung der abhängigen Variable bei einer Veränderung der unabhängigen Variable an. Ein Wert größer als eins bedeutet, dass eine Zunahme der unabhängigen Variable mit einer Zunahme der abhängigen Variable korrespondiert. Ist die Zunahme der unabhängigen Variable mit einer Abnahme der abhängigen Variable verknüpft, ist der OR-Wert kleiner als eins, aber größer als null. Bei einem Wert von eins gibt es keinen Zusammenhang zwischen den betrachteten Variablen (Behnke, 2015; Kalisch & Meier, 2021).

Die Tabelle 4 enthält für verschiedene Modelle die OR-Werte für den Einfluss von Kriminalitätsfurcht auf das Wahlverhalten. Die Effekte der anderen unabhängigen Variablen sind nicht aufgeführt. In Modell 1 wurde das Wahlverhalten nur durch die Kriminalitätsfurcht erklärt, in Modell 2 wurden zusätzlich demographische Merkmale berücksichtigt und in Modell 3 außerdem das Vertrauen in Institutionen. In Modell 4 wurden zusätzlich Incivilities und in Modell 5 wurde das Angstniveau als weitere Kriminalitätsursache berücksichtigt.

Tabelle 4: Die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten. Ergebnisse von binären logistischen Regressionen (OR-Werte)

Modell	1	2	3	4	5
Partei					
Bündnis 90/Die Grünen	0,62**	0,55**	0,66**	0,76**	0,75**
CDU/CSU	1,10**	1,14**	1,10*	1,02	1,01
SPD	0,80**	0,80**	0,95	1,00	1,00
FDP	0,91	0,98	0,95	0,91	0,95
AfD	2,41**	2,61**	1,87**	1,41**	1,46**
Linke	0,91	0,88	0,76*	0,92	0,86

Legende:

*: Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$.

** : Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,001$.

- Unabhängige Variable in Modell 1: Kriminalitätsfurcht.
- Unabhängige Variablen in Modell 2: Kriminalitätsfurcht, Alter, Geschlecht, Schulbildung und Migrationshintergrund.
- Unabhängige Variablen in Modell 3: Kriminalitätsfurcht, Alter, Geschlecht, Schulbildung, Migrationshintergrund, institutionelles Vertrauen in die Politik und institutionelles Vertrauen in die Polizei.
- Unabhängige Variablen in Modell 4: Kriminalitätsfurcht, Alter, Geschlecht, Schulbildung, Migrationshintergrund, Vertrauen in die Politik, Vertrauen in die Polizei, Soziale Dissonanz, Xenophobie und Verwahrlosungserscheinungen.
- Unabhängige Variablen in Modell 5: Kriminalitätsfurcht, Alter, Geschlecht, Schulbildung, Migrationshintergrund, Vertrauen in die Politik, Vertrauen in die Polizei, Soziale Dissonanz, Xenophobie, Verwahrlosungserscheinungen, Angst vor Krieg und Angst vor Extremismus und Spaltung.

Einen signifikanten bivariaten Effekt zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten gibt es für nahezu alle Parteien. Durch die Einbeziehung von Drittvariablen reduzieren sich alle Effektschätzungen deutlich, aber für die beiden Parteien Bündnis 90/Die Grünen und die AfD bleiben die Effekte hoch signifikant. Die Ergebnisse des Hosmer-Lemeshow-Tests, ein Test auf Defizite in der Güte der Anpassung, sind für Modelle zur Erklärung des Wahlverhaltens für Bündnis 90/Die Grünen und die AfD nicht signifikant. Dies spricht für die Güte der beiden Modelle. Demnach würde die AfD von einer hohen Kriminalitätsfurcht profitieren, während eine hohe Kriminalitätsfurcht für das Bündnis 90/Die Grünen den gegenteiligen Effekt hat.

In Tabelle 5 sind die Effektschätzungen für alle berücksichtigten unabhängigen Variablen aufgeführt, beschränkt auf die beiden Parteien, für welche die Kriminalitätsfurcht relevant ist. Demnach unterscheiden sich die Wählerinnen und Wähler der beiden Parteien erheblich. Die AfD wird von Männern präferiert, ebenso von Personen mit Migrationshintergrund und eher niedriger Schulbildung sowie von Personen mit geringem Vertrauen in die Politik. Zudem ist für diese Wählerinnen und Wähler die perzipierte Respektlosigkeit, die mit Geflüchteten und Zuwanderern sowie Gruppen junger Männer in Verbindung gebracht wird, von Bedeutung, ebenso eine hohe Angst vor Kriegen. Angst vor einer Zunahme rechtspopulistischer und -rechtsextremistischer Ansichten, Äußerungen und Gewalttaten und Angst vor einer weiteren Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland ist in dieser Wählergruppe kaum vorhanden; Ausländerfeindlichkeit und Verwahrlosungserscheinungen in Städten werden kaum als Problem gesehen. Außerdem präferieren Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht die AfD. Das Modell zur Erklärung der Wahlpräferenz für Bündnis 90/Die Grünen weist bei all

diesen Merkmalen die gegenteiligen Ausprägungen auf. Somit können die Kriminalitätsfurcht, die Bedingungen der Kriminalitätsfurcht und das Angstniveau das Wahlverhalten für Bündnis 90/Die Grünen und AfD zumindest partiell erklären.

Tabelle 5: Erklärung des Wahlverhaltens durch Kriminalitätsfurcht, Bedingungen der Kriminalitätsfurcht und Angstniveau. Ergebnisse von binären logistischen Regressionen (OR)

Partei	Bündnis 90/Die Grünen	AfD
Unabhängige Variablen		
Abitur (Nein / Ja)	2,18**	,38**
Geschlecht (Männlich/Weiblich)	1,75**	,62**
Migrationshintergrund (Nein /Ja)	,56**	1,33*
Alter in Jahren	,99**	,99
Gesamtindex Kriminalitätsfurcht	,75**	1,45**
Vertrauen in die Politik	1,64**	,51**
Vertrauen in die Polizei	,79**	,94
Dissonanz	,39**	2,61**
Xenophobie	1,62**	,58**
Verwahrlosung	1,57**	,73*
Kriegsangst	,85**	1,28**
Angst vor Extremismus und gesellschaftlicher Spaltung	1,43**	,59**
<i>Nagelkerkes R-Quadrat</i>	0,35	0,49

Legende:

*: Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,05$.

** : Irrtumswahrscheinlichkeit $p < 0,001$.

5. Reflektion

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie decken sich mit der Arbeit von Schuermans und Maesschalck (2010) und ergänzen die Untersuchung von Andersen und Mayerl (2024), weil die Analysen nicht auf das AfD bezogene Wahlverhalten beschränkt sind, sondern auch andere Parteien einbeziehen und dadurch die Hypothese einer Scheinkorrelation zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten umfassender geprüft werden kann.

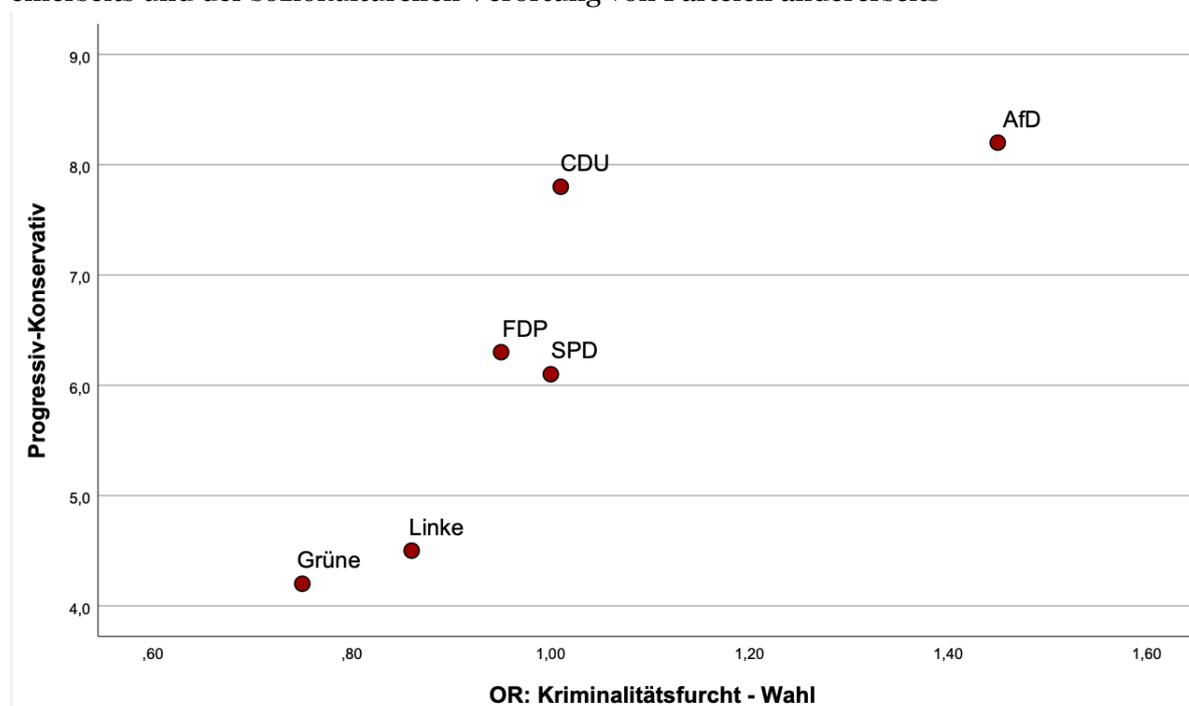
In der Studie von Andersen und Mayerl (2024) steht die Beziehung zwischen dem Wandel von Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten im Vordergrund. Durch die Nutzung von Paneldaten und der Anwendung von Fixed Effects Panel-Regressionen konnten sie zeitinvariante beobachtete Heterogenität ausschließen und dadurch Fragen zu Ursache-Wirkungsbeziehungen beantworten. Der vorliegende Beitrag basiert auf Querschnittdaten. Damit sind zwar keine Kausalaussagen, aber Hypothesentests möglich; sie basieren auf einer theoretischen Grundlage und auf empirischen Analysen über den Einfluss von Drittvariablen (Opp, 2010). Allerdings wird nicht nur, wie bei Andersen und Mayerl (2024), die AfD in den Blick genommen, sondern auch noch weitere politische Parteien.

Die Analysen der Daten der Stuttgarter Bevölkerungsbefragung belegen nicht nur für die AfD eine Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten, sondern auch für das Bündnis 90/Die Grünen, während für die anderen Parteien keine Assoziation zwischen diesen Merkmalen erkennbar ist. Die Beziehungen zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten für

AfD und Bündnis90/Die Grünen können nicht durch die berücksichtigten Drittvariablen erklärt werden.

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, wie die parteispezifischen Zusammenhänge zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten erklärt werden können. Warum findet man für Partei A einen Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten, aber für Partei B nicht? Zur Präzisierung der Fragestellung ist es hilfreich, die Beziehungen zwischen den Parteien, also interparteiliche Nähe und Distanz in die Hypothesenbildung einzubeziehen. Wurthmann et al. (2024) haben in einer deutschlandweiten Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2021 gefragt, wie die politischen Parteien Deutschlands auf einer Skala mit den Endpunkten „progressiv“ und „konservativ“ eingeordnet werden können. Dabei wurde die AfD als konservativste und die Grünen als progressivste Partei eingestuft. In Schaubild 1 sind diese Einstufungen für die Parteien mit den Effekten zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten in Verbindung gesetzt, also mit den OR-Werten aus Modell 5 (Tabelle 4).

Schaubild 1: Beziehung zwischen dem Einfluss der Kriminalitätsfurcht auf das Wahlverhalten einerseits und der soziokulturellen Verortung von Parteien andererseits



Legende:

Daten zur progressiven und konservativen Einstufung der Parteien: Wurthmann, Angenendt und Thomeczek (2024, S. 112).

Daten zu OR-Werten: Tabelle 4, Modell 5.

Ein OR-Wert über eins bedeutet, dass mit zunehmender Kriminalitätsfurcht die Präferenz für eine Partei größer wird, ein OR-Wert kleiner eins bedeutet, dass mit zunehmender Kriminalitätsfurcht die Präferenz für eine Partei sinkt. Aufgrund der in Schaubild 1 dargestellten Ergebnisse kann postuliert werden: Je größer die Kriminalitätsfurcht einer Person ist, desto größer ist die Präferenz für konservative Parteien; Personen mit geringer Kriminalitätsfurcht hingegen bevorzugen progressive Parteien. Bei Parteien in der Mitte zwischen „progressiv“ und „konservativ“ ist die Kriminalitätsfurcht nicht wahlentscheidend.

Eine Theorie über den Einfluss der Kriminalitätsfurcht auf das Wahlverhalten müsste in der Lage sein, diese drei Hypothesen zu erklären. Andersen und Mayerl (2024) greifen auf den Cleavage-Ansatz von Lipset und Rokkan (1967) für die Erklärung der Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und der Präferenz für die AfD zurück, auch wenn der Ansatz durch die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung an Erklärungspotenzial eingebüßt hat (Wurthmann, 2022). Der Cleavage-Ansatz postuliert, dass die Gesellschaft durch Konfliktlinien wie Kapital versus Arbeit oder Kirche versus Staat geprägt ist und das Profil politischer Parteien durch ihre Positionen zu diesen Konflikten geprägt ist. Wahlentscheidend ist die persönliche Positionierung zu diesen Konflikten. Ob der Ansatz auch in der Lage ist, die Beziehung zwischen Kriminalitätsfurcht und Wahlverhalten für alle Parteien zu klären, müsste geprüft werden. Es ist denkbar, dass auch ein utilitaristischer Ansatz geeignet ist. Demnach wählt eine Person die Partei, von deren Politik sie oder er sich den größten Vorteil verspricht (Korte, 2021; Roth, 2008 und Pappi & Shikano, 2007). Für Personen mit hoher Kriminalitätsfurcht hat die Herstellung von Sicherheit einen hohen Stellenwert; dies versprechen in der Regel autoritaristische konservative Parteien, während Personen mit niedriger Kriminalitätsfurcht eher offen für Neuerungen sind und somit progressive Parteien präferieren. Die Überprüfung dieser Hypothese bedarf weiterer Studien, auch um die Effekte regionaler Besonderheiten im Wahlverhalten zu kompensieren. Solche Untersuchungen sind nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern sie würden auch auf gesellschaftliche Risiken durch Parteien hinweisen, die durch unbegründete Narrative über die Sicherheitslage die Kriminalitätsfurcht und dadurch die Akzeptanz für restriktive Maßnahmen fördern würden. Nach dem Wahlprogramm der AfD sind dies beispielsweise die Wiedereinführung der zwingenden Ausweisung von Nichtdeutschen schon bei geringfügiger Kriminalität, die Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre und die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab dem 18. Lebensjahr.

Literaturverzeichnis

- Abdullah, A., Marzbali, M.H., Woolley, H., Bahauddin, A. & Maliki, N.Z. (2014). Testing for Individual Factors for the Fear of Crime Using a Multiple Indicator-multiple Cause Model. *European Journal on Criminal Policy and Research*, 20(1), 1–22. <https://doi.org/10.1007/s10610-013-9208-4>
- Andersen, H. & Mayerl, J. (2024). Nur »besorgte Bürger«? Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Kriminalitätsfurcht und rechtspopulistischer Unterstützung. In: D. Wagner, J.L. Führer, L. Jennifer & F. Asbrock (Hrsg.), *Von Kriminalitätsfurcht zu Feindseligkeit: Dynamiken der Kriminalitätswahrnehmung im politischen Kontext* (S. 43-69). Baden-Baden: Nomos, DOI: 10.5771/9783748948445
- Armborst, A. (2014). Kriminalitätsfurcht und punitive Einstellungen: Indikatoren, Skalen und Interaktionen. *Soziale Probleme*, 25(1), 105–142.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Behnke, J. (2015). *Logistische Regressionsanalyse: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS. doi:10.1007/978-3-658-05082-5
- Bevelander, P. & Pendakur, R. (2007). *Minorities, Social Capital and Voting*. Discussion Paper No. 2928. Institute for the Study of Labor (IZA) in Bonn. <https://docs.iza.org/dp2928.pdf>. (Abrufdatum 25.06.2025)

- Bielejewski, A., Bender, R., & Asbrock, F. (2022). Vertrauen in Polizei, Justiz und öffentliche Verwaltung. In D. Bolesta, J. L. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, & F. Asbrock. (Hrsg.), Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS): Ergebnisse der ersten Erhebungswelle. Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen, e.V. Online verfügbar unter: <https://www.zkfs.de/pawaks/> (Abrufdatum 25.06.2025)
- Bolesta, D., Andersen, H., & Führer, J. (2023). Es wird immer schlimmer – Der Einfluss von Kriminalitätsfurcht, Vertrauen und Strafbedürfnis auf die wahrgenommene Kriminalität. In D. Bolesta, J. Führer, R. Bender, A. Bielejewski, A. Radewald, K. Weber & F. Asbrock (Hrsg.): Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS). Ergebnisse der ersten bis dritten Erhebungswelle. Chemnitz: Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e. V. Online verfügbar unter: <https://www.zkfs.de/pawaks/> (Abrufdatum 25.06.2025)
- Bussmann, K.-D. & Werle, M. (2004). Kriminalität. Standortfaktor für betriebliche Entscheidungen? *Neue Kriminalpolitik* 16, 90–95.
- Clark, J., François, A., & Gergaud, O. (2024). Social capital, social heterogeneity, and electoral turnout. *Kyklos*, 77(4), 1142–1168. <https://doi.org/10.1111/kykl.12403>
- Dölling, D. & Hermann, D. (2006). Individuelle und gesellschaftliche Bedingungen von Kriminalitätsfurcht. In: T. Feltes, C. Pfeiffer & G. Steinhilper (Hrsg.): *Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen. Festschrift für Professor Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag* (S. 805–823). Stuttgart: C.F. Müller.
- Fiorino, N., Galli, E. & Pontarollo, N. (2021). Does Social Capital Affect Voter Turnout? Evidence from Italy. *Soc Indic Res* 156, 289–309. <https://doi.org/10.1007/s11205-021-02642-6>
- Häfele, J. (2013a). *Die Stadt, das Fremde und die Furcht vor Kriminalität*. Springer VS: Wiesbaden.
- Häfele, J. (2013b). Urbane Disorder-Phänomene, Kriminalitätsfurcht und Risikoperzeption. Eine Mehrebenenanalyse. In: D. Oberwittler, S. Rabold & D. Baier (Hrsg.): *Städtische Armutsquartiere – Kriminelle Lebenswelten? Studien zu sozialräumlichen Kontexteffekten auf Jugendkriminalität und Kriminalitätswahrnehmungen* (S. 217–247). Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hermann, D. & Wachter, E. (2024). *Sicherheitsaudit Stuttgart 2024*. Heidelberg, Villingen-Schwenningen. Online verfügbar unter: <https://www.stuttgart.de/leben/sicherheit/kriminalpraevention/sicherheitsbefragung-stuttgart-2023.php> (Abrufdatum 25.06.2025)
- Hermann, D. (2013). Kommunale Kriminalprävention – Herausforderungen der Postmoderne. In: K. Boers, T. Feltes, J. Kinzig, L.W. Sherman, F. Streng & G. Trüg (Hrsg.): *Kriminologie – Kriminalpolitik – Strafrecht. Festschrift für Hans-Jürgen Kerner zum 70. Geburtstag* (S. 359–373). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Hermann, D. (2018): Das Heidelberger Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen. In: E. Marks (Hrsg.): *Prävention und Integration. Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages 19. und 20. Juni in Hannover* (S. 207–220). Bonn: Forum Verlag Godesberg.
- Hermann, D. (2019): Das Karlsruher Audit-Konzept für urbane Sicherheit 2018. Heidelberg. Online verfügbar unter: <https://beteiligung.karlsruhe.de/file/5d7f6daa15d4507bd10257f2/> (Abrufdatum 25.06.2025)
- Hermann, D. (2021). *Mannheimer Sicherheitsaudit 2020*. Online verfügbar unter: https://www.mannheim.de/de/file/407273/download?token=9_ZQakTg&destination=/de/admin/content/files (Abrufdatum 25.06.2025)
- Hestermann, T. & Hoven, E. (2019). Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternative für Deutschland (AfD). *Kriminalpolitische Zeitschrift*. Online verfügbar unter <https://kripoz.de/2019/05/29/kriminalitaet-in-deutschland-im-spiegel-von-pressemitteilungen-der-alternative-fuer-deutschland-afd/>. (Abrufdatum 25.06.2025)
- Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R. & Gagné, J. (2017). Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working Paper Forschungsförderung 044/2017. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

- Hirtenlehner, H. (2006). Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58, 307–331.
- Hohage, C. (2004). „Incivilities“ und Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme* 15, 77–95.
- Hughes, G. (1998). *Understanding Crime Prevention: Social Control, Risk and Late Modernity*. Milton Keynes: Open University.
- Kalisch, M. & Meier, L. (2021). *Logistische Regression: eine anwendungsorientierte Einführung mit R*. Wiesbaden: Springer Spektrum. doi:10.1007/978-3-658-34225-8
- Kerner, H.-J. (2018). Entwicklung der Kriminalprävention in Deutschland. In: M. Walsh, B. Pniewski, M. Kober & A. Armbrorst (Hrsg.): *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis* (S. 21-36). Stuttgart u.a.: Springer.
- Korte, K.-R. (2021). *Theorien des Wahlverhaltens: Vier Erklärungsansätze*. Bundeszentrale für politische Bildung. bpb. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335665/theorien-des-wahlverhaltens-vier-erklaerungsansaetze/> (Abrufdatum 25.06.2025)
- LaGrange, R.L., Ferraro, K.F. & Supancic, M. (1992). Perceived risk and fear of crime: Role of social and physical incivilities. *Journal of Research in Crime and Delinquency* 29, 311–334.
- Lengfeld, H. & Dilger, C. (2018). Kulturelle und ökonomische Bedrohung. Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-oekonomischen Panel 2016. *Zeitschrift für Soziologie* 47(3) 181–199. <https://doi.org/10.1515/zfsoz-2018-1012>
- Lewis, D. A. & Salem, G. (2017). *Fear of crime: Incivility and the production of a social problem*. New York: Routledge.
- Lipset, S.M. & Rokkan, S. (1967). Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: S.M. Lipset, & S. Rokkan (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments* (S.1-64). New York: The Free Press.
- Lüdemann, C. & Peter, S. (2007). Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil - Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen. *Zeitschrift für Soziologie* 36, 25–42.
- Lüdemann, C. (2005). Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und „Disorder“. Eine Mehrebenenanalyse zu den individuellen und sozialräumlichen Determinanten der Perzeption von physical und social incivilities im städtischen Raum. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 88, 240–256.
- Lüdemann, C. (2006). Kriminalitätsfurcht im urbanen Raum. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten verschiedener Dimensionen von Kriminalitätsfurcht. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58, 285–306.
- Manning, M., Fleming, C. M., Pham, H. T., & Wong, G. T. (2022). What matters more, perceived or real crime?. *Social Indicators Research*, 163(3), 1221–1248. doi:10.1007/s11205-022-02924-7
- Mosconi, G. & Padovan, D. (2004). Social Capital, Insecurity and Fear of Crime. In: H.J. Albrecht, T. Serassis & H. Kania (Hrsg.): *Images of Crime II. Representations of Crime and the Criminal in Politics, Society, the Media, and the Arts* (S. 137-166). Freiburg im Breisgau: edition iuscrim.
- Oberwittler, D. (2003). Die Messung und Qualitätskontrolle kontextbezogener Befragungsdaten mithilfe der Mehrebenenanalyse – am Beispiel des Sozialkapitals von Stadtvierteln. *ZA-Informationen* 53, 11–41.
- Oberwittler, D. (2004) A multilevel analysis of neighbourhood contextual effects on serious juvenile offending: The role of subcultural values and social disorganization. *European Journal of Criminology* 1, 201–235.
- O'Malley, P. & Hutchinson, S. (2007). Reinterventing Prevention: Why Did 'Crime Prevention' Develop so Late? *The British Journal of Criminology* 47, 373–389.
- Opp, K.-D. (2010). Kausalität als Gegenstand der Sozialwissenschaften und der multivariaten Statistik. In: C. Wolf & H. Best (Hrsg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (S. 9-38). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92038-2_2

- Pappi, F.U. & Shikano, S. (2007). Wahl- und Wählerforschung. Forschungsstand Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Putnam, R.D., (2000). Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.
- Reuband, K.-H. (2000). Der "Standardindikator" zur Messung der Kriminalitätsfurcht - in "skandalöser Weise" unspezifisch und in der Regel dennoch brauchbar? Monatschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 83, 3, 185–195.
- Rippl, S., & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie – Was erklärt rechtspopulistische Orientierung? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, 237–254.
- Robinson, J.B., Lawton, B.A., Taylor, R.B. & Perkins, D.D. (2003). Multilevel Longitudinal Impacts of Incivilities: Fear of Crime, Expected Safety, and Block Satisfaction. Journal of Quantitative Criminology 19, 237–274.
- Roth, D. (2008). Empirische Wahlforschung: Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden. 2. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schuermans, N. & Maesschalck, F. (2010). Fear of Crime as a Political Weapon: Explaining the Rise of Extreme Right Politics in the Flemish Countryside. Social & Cultural Geography 11, 247–262. <https://doi.org/10.1080/14649361003637190>
- Starcke, J. (2019). Nachbarschaft Und Kriminalitätsfurcht: Eine Empirische Untersuchung Zum Collective-Efficacy-Ansatz Im Städtevergleich. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25907-5>
- Vester, M. & Geiling, H. (2009). Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei. In: H. Geiling (Hrsg). Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie (S. 25–52). Münster: Lit.
- Wagner, D., Führer, J.L. Jennifer, L. & Asbrock, F. (Hrsg.) (2024a). Von Kriminalitätsfurcht zu Feindseligkeit. Dynamiken der Kriminalitätswahrnehmung im politischen Kontext. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748948445>(Abrufdatum 25.06.2025)
- Wagner, D., Azevedo, F., Bender, R., Bielejewski, A., Führer, J., Radewald, A., Weber, K., & Asbrock, F. (2024b). Datenhandbuch Panel zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftäter:innen (PaWaKS). Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V. Online verfügbar unter: <https://osf.io/7kum4/>. doi: 10.17605/osf.io/7kum4
- Wurthmann, L.C. (2022). Wertorientierungen und Wahlverhalten. Effekte gesellschaftlicher Wertorientierungen bei den Bundestagswahlen 2009 - 2017. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38456-2_2
- Wurthmann, L.C., Angenendt, M. & Thomeczek, J.P. (2024). The “Free Voters”: A Decent Alternative for Conservatives?. Politische Vierteljahresschrift 65, 99–122, <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00470-6>

Kontakt | Contact

Prof. Dr. Dieter Hermann | Universität Heidelberg | Institut für Kriminologie | Hermann@krimi.uni-heidelberg.de

Dr. Egon Wachter | Institut für Kriminologische Forschung Baden-Württemberg | EgonWachter@hfpol-bw.de